



Caroline-von-Humboldt-Gymnasium der Stadt Minden (gegr. 1826)

Entlassungsfeier für die Abiturienten des Jahres 1978

Felix Mendelsschn-Bartholdy - Hebe deine Augen auf

Begrüßung

Abschiedsworte

Festvortrag

Antonio Vivaldi - Konzert a-moll für Flöte und Streichorchester
3. Satz - Allegro

Ausgabe der Zeugnisse

Glückwünsche der Unterstufe

Liebe Abiturientinnen und Abiturienten !

Sehr geehrte Damen und Herren !

Liebe Schülerinnen und Schüler !

An manchen Schulen unseres Landes hat es sich eingespielt, daß sich die Abiturienten ihre Zeugnisse formlos im Sekretariat abholen. Offenbar haben die Schulen also keinen Anspruch auf die Durchführung von Abschlusfeiern; Sie sind demnach freiwillig hergekommen. Aus dieser Freiwilligkeit scheint mir durchaus ein Recht auf Wahl des Festredners ableitbar, das die Abiturienten unserer Schule in diesem Jahr zum dritten mal wahrgenommen haben.

Diesmal haben Sie mir diesen ehrenvollen Auftrag erteilt und damit keinen thematischen Wunsch verbunden. Für beides bin ich Ihnen dankbar. Ursprünglich wollte ich über Sinn und Unsinn des Abiturs sprechen, aber da mir zu Sinn beim besten Willen nichts einfiel, habe ich das Thema verworfen und möchte nun statt dessen einige Anmerkungen zu Verfassungsfragen machen, und dies aus folgenden Gründen:

1. Sie, die Abiturienten, bekommen mit dem Abiturzeugnis den Text unserer Verfassung überreicht.
2. Wir haben uns im Geschichtsunterricht drei Halbjahre lang überwiegend mit Verfassungsfragen beschäftigt, mit politischen Theorien des 16. bis 18. Jahrhunderts, mit den Verfassungsproblemen des 19. Jahrhunderts und denen der Weimarer Zeit.
3. Zur heftigen Verfassungssituation in der Bundesrepublik haben Sie in der Schule, jedenfalls von mir, unmittelbar nichts gelernt, was umso bedauerlicher ist, als während Ihrer Oberstufenjahre neue verfassungspolitisch relevante Probleme aufgetreten bzw. Gegenstand allgemeiner Diskussion geworden sind, ich nenne die Stichworte Terrorismus, Radikalerlaß, Recht auf Arbeit, Europawahlen, Volksbegehren.

Meine Anmerkungen zu Verfassungsfragen möchte ich mit einer klaren Aussage beginnen: Ich halte das Grundgesetz für durchaus veränderungsfähig und veränderungsbedürftig, aber dennoch für die beste mir bekannte Verfassung. Im Vergleich mit Verfassungen früherer Zeiten und anderer Länder weist sie erhebliche Vorzüge auf. Auch der viel erörterte Abstand zwischen Verfassungstext und Verfassungs-

wirklichkeit hält sich bei uns noch in gut erträglichen Grenzen. Sicher ist eine Reform des Bodenrechts entsprechend Artikel 14 und 15 unbedingt erforderlich. Sicher ist die Einteilung kranker Menschen in Kassen- und Privatpatienten in ihren Auswirkungen nicht nur skandalös, sondern mit dem Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes nur schwer vereinbar, von der manchmal stark angetasteten Würde des Menschen ganz zu schweigen. Sicher ist es auch richtig und notwendig, auf Grundrechtsverletzungen äußerst empfindlich zu reagieren, aber wenn ein Russel-Tribunal, dessen Mitglieder größtenteils mit Ostblockstaaten sympathisieren, über Grundrechtsverletzungen in der Bundesrepublik zu Gericht sitzt so ist das in meinen Augen absurdes Theater.

Gerade wegen dieser hohen Einschätzung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung höre ich mit größten Bedenken eine Vielzahl von Äußerungen, die auf ein reichlich fragwürdiges und unbekümmertes Verhältnis zu dieser Verfassung schließen lassen. Es sind viele kleine, für sich genommen unerhebliche Dinge, die aber wegen ihre großen Zahl und bei häufiger Wiederholung insbesondere dann gefährlich werden, wenn sie von relativen Autoritäten vorgetragen werden, etwa Eltern, Lehrern oder Publizisten.

Ich meine zum Beispiel die Frage einer Wiedereinführung der Todesstrafe. Wann will man eigentlich endlich begreifen, daß die Todesstrafe nicht nur laut Artikel 102 des Grundgesetzes abgeschafft, sondern auch mit Artikel 1 und dem Menschenbild dieser Verfassung überhaupt unvereinbar ist? - auch wenn ein ehemaliger Bundesjustizminister das anders sieht.

Mich wundert es auch, daß die Grundrechtseinschränkung zu Lasten von Mitgliedern einer zugelassenen Partei zwar als Eingriff in die Rechtsstaatlichkeit empfunden, aber dennoch von sehr weiten Kreisen mehr oder weniger ausdrücklich gebilligt wird. Mir scheint dieser Effekt wesentlich gefährlicher, als die Einstellung von ein paar kommunistischen Briefträgern und Postschaffnern, gegen die sich der Bundespostminister erst gerade wieder ausgesprochen hat.

Ebenso halte ich es für höchst bedenklich, wenn Abstimmungen zu Demokratiespielchen degradiert werden. Es sollte, insbesondere auch in Schulen, nicht über Fragen abgestimmt werden, die die Abstimmenden überhaupt nicht durchschauen, oder^{die} sie überhaupt nicht berühren. Statt dessen sollte man sich bemühen, Meinungsbildungs- und Verfahrenstricks möglichst weitgehend zu entlarven.

Eine Geringschätzung des Abstimmungsprozesses können wir uns politisch einfach nicht leisten.

So wichtig und richtig es ist, jede 'Obrigkeit' und alles was sie tut, mit wacher Kritik zu beobachten, so falsch und im Grunde unintelligent ist es, 'die da oben' unbesehen als unfähig und charakterlos, und alles was 'von oben' kommt von vornherein als Unsinn abzutun. Man verkennt auch den Charakter unentbehrlicher demokratischer Einrichtungen, wenn man Mitgliedern und Funktions-trägern von Verbänden und Parteien die Fähigkeit zu eigenständiger Meinungsbildung und Meinungsäußerung abspricht. In unserer politischen Ordnung ist es alles andere als ein Zeichen besonderer geistiger Überlegenheit, wenn man sich jeder politischen Betätigung enthält, nicht wählt, sich nicht wählen läßt, sich weder äußert noch informiert.

Die bösen Sprüche 'Politik ist ein schmutziges Handwerk' und 'Politik verdirbt den Charakter' sind erschreckend populär, erschreckend deshalb, weil sich darin eine Abwertung und Ablehnung der Politik schlechthin ausdrückt. Auch einzelne Wörter wie 'Gleichmacherei' oder 'Einheitsbrei' sind nach meinem Empfinden bestens geeignet, Kernbegriffe unserer Grundordnung, nämlich Einheit und Gleichheit, zu entwerten.

Wir starren gebannt, und wie mir scheint viel zu selbstgerecht, auf die Aktionen von Terroristen und viel zu wenig auf unsere eigenen, auch dadurch beeinflussten Verhaltensweisen, von denen der Bestand der Verfassung letztlich abhängt, und die, wenn sie in der dargestellten Art überhand nehmen, mindestens ebenso gefährlich sind.

Vieles kann und muß diskutiert werden, vieles kann und muß verändert werden. Sie hätten mich völlig mißverstanden, wenn Sie meinten, ich wollte die freie, sachliche, auch harte Diskussion einschränken oder der leider auch sehr verbreiteten grundsätzlichen Ablehnung alles Neuen das Wort reden. Im Gegenteil. Aber ich bin gegen jeden Abbau von Demokratie, gegen die Einschränkung von Grundrechten ebenso wie gegen die moralische Aushöhlung demokratischer Institutionen.

Unsere staatliche und politische Ordnung, die für Sie, liebe Abiturientinnen und Abiturienten, in den nächsten Jahren als Berufstätige oder Arbeitlose, als Mütter und Väter in größerem Maße spürbar wird als in Ihrer Schulzeit, braucht kritische

Diskussion; unkritische Polemik dagegen erträgt sie nicht unbegrenzt. Diese staatliche Ordnung braucht keine kleine Elite, sondern eine große Zahl qualifizierter, interessierter, aktiver Demokraten. Sie alle sollten sich verpflichtet fühlen, das zu tun, was dem Beamten zur Dienstpflicht gemacht wurde, nämlich "sich durch sein gesamtes Verhalten zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekennen und für deren Erhaltung eintreten". Das heißt auch, daß sie sich wehren, wenn die fundamentalsten Werte dieser Grundordnung durch unüberlegtes Gerede in Zweifel gezogen werden. Ich hoffe, daß die Schule wenigstens etwas dazu beigetragen hat, Sie zu solchen qualifizierten, interessierten und aktiven Demokraten zu machen. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen alles Gute für Ihr weiteres Leben.

16. Juni 1978

H.C.Gaupp